

Asse II - Fragen statt Thesen
an
Landrätin und Kreistag

Für Interessenvertretung und Transparenz

- gegen Ablasshandel

Wir stehen hier, wir können nicht anders!

Wieso interessiert sich die Landrätin bzw. der Kreistag nicht für die Anzahl der Krebsneuerkrankungen in den Gemeinden, die in der Nähe der Schachtanlage Asse II liegen, aber nicht zur ehemaligen Samtgemeinde Asse gehörten?

Unterstützen die Landrätin und der Kreistag die Forderung der WAAG nach einem Messlabor vor Ort?

Wieso wurde nicht erst evaluiert, welche Nachteile durch Asse II entstanden und entstehen – vor allem im Bereich Gesundheit -, bevor Mittel aus dem Asse-Fonds vergeben wird?

Wieso ist das Thema Gesundheit bzw. Gesundheitsmonitoring der Anwohner nicht einmal Bestandteil der Handlungs- bzw. Projektfelder des Asse-Fonds und könnte somit nicht als Projekte gefördert werden?

(Die Mittel aus dem Asse-Fonds werden überwiegend für Zwecke verwandt, die mit den Auswirkungen der gescheiterten Atommüll-Einlagerung in der Schachanlage Asse II nichts zu tun haben. Die Mittel werden von Kommunalpolitikern vergeben. Im Zusammenhang mit dem Reformationstag drängt sich die Frage auf, ob mit den Geldern politischer Ablasshandel betrieben werden soll - oder sind es einfach Wahlgeschenke?)

Siehe auch

<https://waagwf.wordpress.com/2014/10/20/geld-verteilen-allein-lost-keine-probleme-%c2%ad-waag-fordert-zukunftsrat/>

Wieso hat die Landrätin dem Kreistag 2015 einen Beschlussvorschlag vorgelegt, in dem es hieß, dass „insbesondere“ Asse nah nach einem Zwischenlager gesucht werden soll?

Und wieso hat der Kreistag das beschlossen, obwohl bekannt ist, dass der damalige Betreiber, das BfS, eigentlich nur Asse nah suchen wollte?

Die Landrätin betonte mehrfach, dass der Betreiber über den Standort für das Zwischenlager entscheidet. Wieso sagt sie in dem Zusammenhang nie, ob bzw. wie sie die Interessen der Region vertreten wird, wenn die Entscheidung des Betreibers die Interessen der Region nicht berücksichtigt?

Wieso hat die Landrätin den Begleitprozess zum ersten Mal ausgesetzt, als die Betonierung der Zugänge zu den Einlagerungskammern auf der 750 m-Sohle anstanden?

Wieso haben weder die Landrätin noch der Kreistag die dann durchgeführten Betonierung öffentlich kritisiert, obwohl die Fachberater der Begleitgruppe diese Maßnahmen für kontraproduktiv halten?

Haben Landrätin und Kreistag die Betonierung deshalb „aktiv toleriert“, weil das in der beauftragten externen Mediation so empfohlen wurde?

Wieso hat die Landrätin den Begleitprozess erneut ausgesetzt, obwohl der Betreiber angekündigt hat, dass die Entscheidung über den Standort für das „Zwischenlager“ ansteht?

Wieso will die Landrätin erst nach der Entscheidung des Betreibers eine öffentliche Informationsveranstaltung zu dem Thema durchführen?

Sollte die Bevölkerung nicht vorher über die Kriterien und Vorgehensweise bei der Standortsuche informiert werden, um sie vorher diskutieren zu können?

Wenn nicht regelmäßig über die aktuelle Situation berichtet wird und die kritischen Punkte von den Kommunalpolitikern nicht herausgestellt werden, wieso wundert sich die Landrätin, dass das Interesse in der Bevölkerung abnimmt?

Wurden Ihre Asse-Gespräche vor Ort deshalb eingestellt, weil die Bevölkerung zu kritische Fragen gestellt hat? Mangelnde Beteiligung kann nicht der Grund gewesen sein.

Wieso veröffentlicht die Landrätin nicht die Höhe des Etats, den der Bund dem Landkreis für die Arbeit der Asse II-Begleitgruppe zahlt?

Wieso kennen nicht einmal die Mitgliedern der Asse II-Begleitgruppe die Höhe?

Warum wird nicht veröffentlicht, wofür der Etat konkret genutzt wird?

Wieso hält sich die Landrätin als Vorsitzende der

Begleitgruppe nicht an die geltende Geschäftsordnung der Asse II-Begleitgruppe, bis ggfs. eine neue Geschäftsordnung mehrheitlich beschlossen wurde?

Wieso setzt sie den Begleitprozess jetzt schon zum zweiten Mal eigenmächtig aus?

Wieso lässt sie die Begleitgruppenmitglieder (von denen viele ehrenamtlich dabei sind) sogar extra zu einer Sitzung anreisen – zu der sie eingeladen hat – und eröffnet sie dann aber nicht?

Wieso kritisiert keine der im Kreistag vertretenen Fraktionen dieses Vorgehen?

Wieso findet am 3.11.17 erneut ein Gespräch der Begleitgruppe mit dem Betreiber und den Ministerien statt, ohne dass eine gemeinsame Vorbereitung der lokalen Interessenvertreter stattgefunden hat?

Wieso wurde das geplante Gespräch der Begleitgruppe mit dem Landesumweltminister von der Landrätin eigenmächtig abgesagt?

Wieso hat der Kreistag sowohl den Vorschlag der

WAAG vom 4.4.16 als auch jetzt den Antrag einer Kreistagsfraktion mehrheitlich abgelehnt, in dem es darum ging, die Rolle der Kommunalpolitiker im Zusammenhang mit Asse II aufarbeiten zu lassen – und das ohne Aussprache?

Könnte das nicht auch ein Projekt sein, dass junge Leute, z. B. als Thema einer Masterarbeit, an das Thema heranzuführt, um es so an die nächste Generation weiterzugeben?

Könnte nicht auch der Kreistag versuchen, aus der Geschichte zu lernen?

Oder gibt es Fraktionen, die befürchten, dass ehemalige Mitglieder in Misskredit geraten?

Wieso wurden nur die vier HauptverwaltungsbeamtInnen beauftragt, eine neue Struktur für die Begleitgruppe zu erstellen?

Warum wurden nicht Vertreter aller im Begleitprozess vertretenden Gruppen (HauptverwaltungsbeamtInnen, Vertreter der Kreistagsfraktionen, Vertreter der Zivilgesellschaft – sprich Bürgerinitiativen und Umweltverbände) beauftragt, gemeinsam einen Entwurf zu erarbeiten?

Wer hat das so entschieden?

Wenn es um den Konflikt in der Begleitgruppe geht,

ist der einzige konkrete Punkt, den die Landrätin genannt hat, die ständige Diskussion über Protokolle.

Ist es nicht Aufgabe einer Vorsitzenden darauf hinzuwirken, dass Protokolle das beinhalten, was beschlossen wurde, und dass diese Beschlüsse dann auch umgesetzt werden?

Warum wurde nicht einfach dieses Thema aufgearbeitet?

Gehört es nicht zur Demokratie, dass es Meinungsverschiedenheiten gibt und sie ausdiskutiert werden?

Vielleicht sogar zur repräsentativen Demokratie?

**Wieso sehen die
Kommunalpolitiker die
Arbeit der Bürgerinitiativen
offensichtlich nicht als
kostenlose Politikerberatung,
sondern scheinbar als
Konkurrenz oder Störung des
K
r
e**